

AIPA 1/2009

Arbeitspapiere zur Internationalen Politik
und Außenpolitik

Joachim Betz

Die Interaktion interner und externer Faktoren
beim Wandel der indischen Außenpolitik



Lehrstuhl für Internationale Politik
Universität zu Köln

ISSN 1611-0072

AIPA 1/2009

Arbeitspapiere zur Internationalen Politik
und Außenpolitik

Joachim Betz

Die Interaktion interner und externer Faktoren
beim Wandel der indischen Außenpolitik

ISSN 1611-0072

Herausgeber:

Lehrstuhl für Internationale Politik

Universität zu Köln, Gottfried-Keller-Str. 6, 50931 Köln

Druck:

Hausdruckerei der Universität zu Köln

Redaktionelle Bearbeitung:

Kevin Alexander, Rasmus Beckmann, Dominik Wellhäuser

Köln 2009

ABSTRACT

Der Einfluss gesellschaftlicher Gruppen auf die indische Außenpolitik, auch des Parlaments oder selbst des militärischen Apparats war traditionell recht gering; die außenpolitische Elite genoss daher erhebliche Entscheidungsautonomie, war sich im übrigen in den wesentlichen Fragen auch einig. Ein Kurswechsel, der eigentlich nach dem Ende der Blockkonfrontation zu erwarten gewesen wäre, blieb zunächst aus. Er wurde wesentlich gefördert durch die wirtschaftlichen Reformen seit Mitte der 1980er Jahre, verstärkt seit 1991 – Reformen, die ihrerseits auch durch die sicherheitspolitischen Implikationen des relativen Zurückbleibens Indiens gegenüber den Konkurrenten veranlasst waren. Diese Reformen und die damit einhergehende Notwendigkeit, die Attraktivität des Landes für internationales Kapital zu erhöhen und neue Absatzmärkte für indische Waren zu finden – in einer Welt intensiverer Standortkonkurrenz –, förderten schließlich eine Reorientierung der indischen Außenpolitik, nämlich eine Annäherung an den Westen und die südostasiatischen Staaten. Sie stärkten auch jene gesellschaftlichen Gruppen, die von diesem Wandel profitierten und sich daher für seine Fortsetzung stark machten. Das Resultat ist ein neues außenpolitisches Paradigma: Sicherheit wird nun breiter definiert, beinhaltet nicht nur wirtschaftlichen Fortschritt, sondern auch Schutz vor den Rückwirkungen ungleicher Entwicklung innerhalb des Landes und seiner Nachbarschaft. Diesbezügliche Befürchtungen und der Druck der wirtschaftlichen Globalisierung haben auch eine konziliantere Haltung gegenüber den anderen südasiatischen Staaten gefördert, die sich in einseitigen Konzessionen Indiens niederschlägt. Verbunden mit den wirtschaftlichen Motiven der Neuausrichtung ist eine neue Werthaltung der indischen Außenpolitik im Sinne der Allianz mit anderen demokratischen Staaten, vornehmlich den USA. Das Wachstum jener gesellschaftlichen Gruppen, die von einem stärkeren Austausch mit dem Rest der Welt begünstigt werden und die politische Stärkung bislang unterprivilegierter Gruppen haben allerdings das Management der Außenpolitik schwieriger gemacht.

Prof. Dr. Joachim Betz

ist Leitender Wissenschaftlicher Mitarbeiter am German Institute of Global and Area Studies in Hamburg und apl. Professor am Institut für Politikwissenschaft der Universität Hamburg. Seine Forschungsschwerpunkte sind Entwicklungspolitik und -finanzierung, Politik und Wirtschaft in Südasien.

Inhalt

1.	Einführung.....	1
2.	Die Gefährdung der Stellung Indiens durch die mäßige wirtschaftliche Performanz	8
3.	Der Einfluss der offenen Wirtschaft auf die Außenpolitik...	15
4.	Demokratie, Zivilgesellschaft und Außenpolitik.....	24
5.	Innere Sicherheit und Außenpolitik.....	27
6.	Der außenpolitische Kurswechsel als Lernprozess	29
7.	Literaturverzeichnis.....	33

Die Interaktion interner und externer Faktoren beim Wandel der indischen Außenpolitik

1. Einführung

Die Ausrichtung der indischen Außenpolitik und deren artikulierte Präferenzen haben sich seit Mitte der 1990er Jahre ziemlich deutlich verändert, ein Wandel, der von manchen Autoren etwas vorschnell als Transition von einer idealistischen zu einer realistischen Strategie interpretiert wird (Mohan 2003). Vorschnell deshalb, weil die traditionell gepflegte Blockfreiheit, das Vertrauen auf die eigenen Kräfte, die Beschwörung der Solidarität und Zusammenarbeit ärmerer Nationen und auch das Insistieren auf universaler nuklearer Abrüstung ja durchaus in dem Sinne zu verstehen war, dass Indien seine Schwäche in Bezug auf harte Machtressourcen mittels dieser Ansätze zu kompensieren trachtete. Es fällt nicht schwer, diesen Ansatz als "realistisch" zu kennzeichnen (ähnlich Nayar/Paul 2003). Umgekehrt sind die neuen strategischen Ansätze der indischen Regierung, also der Primat der wirtschaftlichen Entwicklung, die proaktive Einrichtung in der Globalisierung und der weltweiten Wissensgesellschaft, die Anknüpfung strategischer Partnerschaft mit den USA, die Intensivierung der wirtschaftlichen und politischen Beziehungen zu den südostasiatischen Staaten, v.a. aber die Bereitschaft, beim Aufbau einer genuinen südasiatischen Wirtschaftsgemeinschaft und bei der Verbesserung der bilateralen Beziehungen in der Region neuerdings einseitige Konzessionen an die Nachbarn zu machen, nur schwerlich mit einem eng realistischen Paradigma zu erklären. Auch die Bereitschaft mit China ernst-

hafter – allerdings bei fortgesetzter Abwehrhaltung gegenüber territorialen Kompromissen – über die Lösung des Grenzkonflikts zu verhandeln, die Absicht, den bilateralen wirtschaftlichen Austausch dramatisch zu steigern und die Verständigung, mit dem immer noch argwöhnisch betrachteten Nachbarn selektiv in Fragen der Global Governance (v.a. im Rahmen der WTO, bei der Reform der Internationalen Finanzarchitektur und in der internationalen Klimapolitik) zusammen zu arbeiten (Chatterjee/Sinha 2006), können kaum umstandslos einer veränderten Machtbalance im indisch-chinesischen Verhältnis zugeschrieben werden, da Indien seit den wirtschaftlichen Reformen und der offenen Nuklearisierung kaum weiter gegenüber dem Nachbarn zurückfällt.

Es fällt auch schwer, den anfänglichen Kurswechsel in der Außenwirtschafts- und der Außenpolitik allein durch stärker werdendem innergesellschaftlichen Druck, also mit liberalen Ansätzen der Internationalen Beziehungen zu erklären, es sei denn man beschränkt diese Gruppen auf einen anfänglich extrem kleinen Zirkel um die Führungsschicht. Es wurde nämlich oft und mit Erstaunen registriert, dass die außenpolitische Elite des Landes sich eines hohen Maßes an Entscheidungsfreiheit erfreut. Dies nicht nur in Bezug auf die gesellschaftlichen Gruppen, die üblicherweise in liberalen Demokratien Einfluss auf die Außenpolitik zu nehmen trachten. Außenpolitische Positionen spielen auch heute noch in den nur begrenzt die spätere Politik leitenden Programmen und Wahlplattformen der politischen Parteien bescheidene, wenn auch neuerdings zunehmende Rolle.¹ Programmatische Dif-

1 Im Vision Document der BJP nimmt die Außenpolitik eine von 25 Seiten ein, die mit Plattitüden gefüllt ist, im Wahlmanifest der Kongresspartei sind es vier von 28 Seiten, die aber nur gute Beziehungen zu letztlich allen fordern, im Wahlmanifest der Kongresspartei von 1999 entfallen drei von 80 Seiten auf die Außenpolitik, ebenfalls mit Schwerpunkt auf guten Beziehungen zu jedermann. Auch die kommunistische CPM ist in Bezug auf die Außenpolitik wortkarg, bezieht aber eine deutlich von den anderen Parteien abweichende Position.

ferenzen zwischen den nationalen Parteien sind – nimmt man die Kommunisten aus – kaum zu erkennen. Die Unternehmerverbände hielten und halten sich in Fragen der außenpolitischen Strategie mit Ratschlägen an die Regierung sehr zurück, seit kurzem aber weit weniger bei außenwirtschaftlichen Themen, gar nicht in Bezug auf geforderte zusätzliche Wirtschaftsreformen.² Trotz einer viel genutzten, freien und kritischen Presse, werden außenpolitische Grundsatzentscheidungen öffentlich auch nur spärlich debattiert; das amerikanisch-indische Nuklearabkommen stellt aber vielleicht einen Wendepunkt dar. Auch die politischen Institutionen wie das Parlament spielen dabei keine bedeutende Rolle, schon allein deswegen, weil die Erklärung des Kriegszustandes oder die Ratifizierung internationaler Abkommen seiner Einwilligung nicht bedarf (Maass 2001; Cohen 2002).³ Selbst das Militär hatte dabei ein nur sehr eingeschränktes Mitspracherecht (auch bei Rüstungsbeschaffungen) und wurde bei wichtigen Entscheidungen (wie den Nuklear-tests) spät oder gar nicht vorher informiert. Dies erklärt sich auch dadurch, dass es über kein höchstes Organ, sondern nur über eine lose Koordinationsstelle der Teilstreitkräfte verfügt, vor allem aber, weil es unter stärkerer ziviler Kontrolle steht als in nahezu allen anderen Demokratien (Cohen 2002). Bei internationalen Handelsvereinbarungen genoss die staatliche Bürokratie – selbst gegenüber der Regierung in Neu Delhi – eine gewisse, nun allerdings erodierende Autonomie (Narlikar 2006). Hier würde man am ehesten Einflussversuche gesellschaftlicher Gruppen erwarten; tatsächlich haben sich diese seit der wirtschaftlichen Öffnung Indiens deutlich intensiviert.

2 Vgl. dazu etwa die Communiqués der Confederation of Indian Industries, <http://www.ciionline.org/>

3 Das Parlament verfügt natürlich über das Instrument der Fragestunde, kann der Regierung auch im Disput über wichtige außenpolitische Fragen das Vertrauen entziehen. Letzteres ist natürlich ein sehr grobschlächtiger Notbehelf.

Um die relative Abschirmung des politisch-administrativen Systems gegenüber Anforderungen gesellschaftlicher Gruppen in der Außen- und Außenwirtschaftspolitik⁴ bis weit in die 1990er Jahre zu verstehen, muss man sich klar machen, dass diese Gruppen in der Ära der staatswirtschaftlichen, importsubstituierenden Entwicklungspolitik an entsprechenden Entscheidungen zwangsläufig kein großes Interesse entwickeln konnten, da ihr Wohl und Wehe von Verbindungen zur Welt und zur Weltwirtschaft nur begrenzt berührt wurde. Dies auch deshalb, weil ein größerer Teil des "freien" Handels im Rahmen bilateraler Lieferverträge abgewickelt wurde. Die verfolgte Entwicklungsstrategie schuf allerdings Gruppen, die an ihrer Fortsetzung extrem interessiert sein mussten und keineswegs den Winden des Weltmarktes ausgesetzt werden wollten. Dieser Nexus müsste nach einem liberalem Ansatz der Erklärung von Außenpolitik die Ingangsetzung und das Durchhalten eines außen- und wirtschaftspolitischen Kurswechsels extrem erschweren. Tatsächlich zeigten die außenpolitischen Positionen Indiens bis Mitte der 1990er Jahre geringe Veränderung. Gebetsmühlenhaft wurden die alten, nun offenkundig weniger tauglichen Rezepte wiederholt (Mohan 2003; Ganguly 2003).

Die geäußerten Zweifel an der Brauchbarkeit der klassischen Ansätze zur Erklärung der außenpolitischen und außenwirtschaftlichen Wende Indiens ließen sich auflösen, wenn diese schlicht kombiniert würden. Zu der aus realistischer Perspektive wichtigsten Veränderung der internationalen Mächtekonstellation (mit nur noch einer verbleibenden Supermacht) ließen sich innergesellschaftliche Faktoren (etwa das Interesse aufstrebender gesellschaftlicher Gruppen an stärkerer Westorientierung) bzw. die Einwirkung

4 Als Außenwirtschaftspolitik wird die Beeinflussung der wirtschaftlichen, grenzüberschreitenden Transaktionen bezeichnet. Es handelt sich hierbei also um alle staatlichen Maßnahmen im Bereich der Außenbeziehungen von Staaten.

neuer Überzeugungen und Wertmuster hinzugesellen. Legro und Moravcsik (1999) haben aber nicht zu Unrecht auf die Problematik eines solchen Theorieverschnitts hingewiesen.

Der hier verfolgte Ansatz geht zunächst einmal davon aus, dass in Bezug auf die indische Außenorientierung von jeher nur schlecht zwischen Außenpolitik im klassischen Sinne und Wirtschafts- bzw. Außenwirtschaftspolitik geschieden werden konnte. Die Kernelemente der ursprünglich betriebenen Außenpolitik – Nichteinmischung in die inneren Angelegenheiten souveräner Staaten, Blockfreiheit, die Positionierung Indiens als Speerspitze der „Dritten Welt“, sicherheitspolitische Rückendeckung durch die Sowjetunion – waren ein natürliches Komplement zum Versuch, eine Schwer- und Investitions- und Rüstungsgüterindustrie mit Hilfe von Staatsbetrieben und aus eigener Kraft aufzubauen und diese gegenüber überlegener internationaler Konkurrenz abzuschirmen. Es macht keinen Sinn, die Teile dieses Komplexes in Isolation voneinander zu behandeln, genauso wenig wie es für die politische Elite Sinn gemacht hätte, dauerhaft nur eine der Stellschrauben zu verändern. Banal, aber wichtig ist auch die Feststellung, dass sich trotz allem Wandel bei den Mitteln und Wegen, mit denen die indische Regierung ihre Ziele und Präferenzen durchsetzen will, sich seit Beginn der Unabhängigkeit bis heute wenig daran geändert hat, dass sie bestrebt ist, für Indien den seiner zivilisatorischen Bedeutung und seiner Größe angemessenen Platz in der internationalen Ordnung zu erkämpfen und sich in diesem Bestreben den Rücken für den Aufstieg frei zu halten.

Am sinnvollsten erscheint es, den Kurswechsel bei den Mitteln und Wegen der als interdependent gekennzeichneten Außen- und Wirtschaftspolitik mithilfe eines leicht modifizierten konstruktivistischen Ansatzes zu erklären, also die Einwirkung von Ideen, Überzeugungen, Wertmustern und

sozialem Lernen auf die verfolgte Außenpolitik in den Vordergrund zu stellen (Legro/Moravcsik 1999). Modifiziert werden soll der Ansatz aber insofern, als (a) davon ausgegangen wird, dass nur Akteure Ideen und Wertmuster entwickeln können, diese also nicht nur dem Zeitgeist überantwortet werden können (Hudson 2007), (b) intentionales Handeln nicht ohne Berücksichtigung struktureller Faktoren stattfindet wie umgekehrt realisierte Ideen Strukturen verändern (Carlsnaes 1993) und (c) dass die Diffusion von Ideen und Normen mit der gesellschaftspolitischen Struktur variiert, je nachdem wie stark die Gesellschaft gegenüber dem engeren Staatsapparat ist (Checkel 1997).

Die relative Autonomie der politischen Elite gegenüber außen- und wirtschaftspolitischen Wünschen der Gesellschaft nahm in Indien nach Einleitung des wirtschaftlichen – und später außenpolitischen – Kurswechsels ab, positiv ausgedrückt: Der Kurswechsel erfreute sich stärker werdender gesellschaftlicher Unterstützung in dem Maße, wie er von diesem Wechsel begünstigte Gruppen produzierte, die aber damit auch aktiver ihre Vorstellungen und Wünsche einbrachten. Kann man den Beginn der wirtschafts- und außenpolitischen Wende noch durchaus als Ergebnis des Scheiterns eines kollektiven wirtschafts- und außenpolitischen Überzeugungs- und Wertesystems der politischen Elite kennzeichnen (vgl. Legro 2000), so ist die Konsolidierung eines neuen Sets von Präferenzen und Strategien nicht ohne die strukturellen Zwänge, welche die wirtschaftlichen Reformen mit sich brachten und ohne die Einflusszunahme derjenigen Gruppen, die von einer Liberalisierung der Wirtschaft und einer stärkeren Hinwendung zu westlichen Mächten (speziell den USA) und den südostasiatischen Staaten profitierten, zu verstehen. Im Ergebnis soll also versucht werden, den bei manchen Kon-

struktivistischen im luftleeren Raum stattfindenden Ideenwandel materiell anzufüttern (vgl. dazu Gourevitch 2002).

Der dieser Einführung folgende zweite Abschnitt behandelt das von der indischen Elite nur widerstrebend wahrgenommene Zurückfallen Indiens gegenüber seinen asiatischen Konkurrenten mit negativem Einfluss auf Indiens langfristige Sicherheit und seinen weltpolitischen Status. Dem lag das Eingeständnis zugrunde, dass die bisherigen außen- und wirtschaftspolitischen Leitbilder gescheitert waren (zu diesem Zusammenhang allgemein Legro 2000). Als Lösung für diese Problematik drängten sich andernorts erfolgreich praktizierte liberalisierende und deregulierende wirtschaftliche Reformen auf, die freilich gegen starke gesellschaftliche Widerstände durchgesetzt werden mussten. Eine ernste Zahlungsbilanzkrise, in Kombination mit dem Zusammenbruch des Ostblocks, schwächte die Gegner des Kurswechsels kurzfristig erheblich, nicht jedoch so stark, dass sie nicht nach Überwindung der Krise den *außenpolitischen* Kurswechsel nicht abzubremsen versuchten. Wirtschaftliche Liberalisierung ohne Hinwendung zu den freien Güter- und Kapitalmärkten anderer Regionen hätte aber langfristig keinen Sinn gemacht. Hier machten sich also strukturelle Zwänge des internationalen Wirtschaftssystems bemerkbar und verstärkten die Umorientierung des Wertesystems.

Dieses konsolidierte sich schließlich durch den wirtschaftlichen Erfolg der Neuausrichtung, durch das zunehmende Gewicht jener gesellschaftlicher Gruppen, die von einem stärker weltmarktorientierten und amerikafreundlichen Kurs profitierten und auch durch die hier nicht weiter ausgeführte internationale Beachtung, die Indien durch seine dynamischer Entwicklung erfuhr (Abschnitt 3). Es ist eine offene Frage, inwieweit die damit verbundene Neubesinnung auf demokratische Werte bei den außenpolitischen Eliten (Ab-

schnitte 4 und 5) glaubwürdigen Charakter hatte, oder vornehmlich instrumentellen, um die Anlehnung an die USA und den eigenen Kampf gegen den Terrorismus argumentativ abzustützen.

2. Die Gefährdung der Stellung Indiens durch die mäßige wirtschaftliche Performanz

Erste wirtschaftliche Reformen wurden zaghaft schon deutlich vor dem Ende der Blockkonfrontation eingeleitet – zu Beginn der 1980er Jahre als vorsichtige Handelsliberalisierung unter Indira Gandhi, ab Mitte des Jahrzehnts machtvoller unter ihrem Sohn als deutliche Deregulierung des Binnenmarkts. Tiefergehende wirtschaftliche Reformen fanden statt (1991ff.), bevor sich Indien stärker dem Westen zuwendete und eine stärker konstruktive Regionalpolitik verfolgte. Man kann auch nicht behaupten, die Reorientierung der indischen Wirtschaftspolitik wäre durch westliche Industriestaaten oder die von ihnen beeinflussten internationalen Finanzinstitutionen oder *direkt* durch die anonyme Macht der wirtschaftlichen Globalisierung erzwungen worden.

Indien war nämlich in diese Globalisierung – über den Außenhandel oder internationale Finanzverflechtung – nur begrenzt einbezogen, weil der Binnenmarkt durch extrem hohe Zölle und die straffe staatliche Regulierung des Finanzsektors weitgehend abgeschirmt war. Die Protektion wurde auch nur sukzessive abgebaut (noch heute liegen die durchschnittlichen Zollsätze relativ hoch) und hätte unter Hinnahme geringerer Wachstumsraten auch durchaus fortgesetzt werden können.

Die Hinwendung zum Weltmarkt und die wirtschaftliche Deregulierung wurden vielmehr durch das Anerkennen gefördert, dass das bisherige Entwicklungsmodell nicht jene Erträge gebracht hatte, die mit der erstrebten

Weltmachtrolle Indiens kompatibel waren. Ein alternatives, zumindest teilweise erfolgreiches Alternativmodell stand mit dem nach der Schuldenkrise (1982ff.) massenhaft umgesetzten marktfreundlichen Strukturanpassungsprogrammen zur Verfügung und konnte, bedingt durch die krisenhafte Zuspitzung der außenwirtschaftlichen Lage nach 1991 intern auch gegen Widerstände durchgesetzt werden. Einmal in Gang gekommen, erleichterte und förderte die wirtschaftliche Liberalisierung aber eine außenpolitische Reorientierung, da Indien stärker von offenen westlichen und asiatischen Märkten abhängig wurde, ausländisches Kapital zur wirtschaftlichen Dynamisierung benötigte und abhängiger wurde von relativ offenen Migrationsregimen im Westen, aus denen gut ausgebildete indische Arbeitskräfte Nutzen ziehen konnten. Man kann daher von einer wechselseitigen und positiven Interdependenz von Wirtschafts- und Außenpolitik sprechen. Gestützt wurde diese Interdependenz zunehmend durch das wachsende Gewicht jener gesellschaftlichen Gruppen, die aus dem Kurswechsel profitierten. Diese Gruppen versuchen heute stärker als früher Einfluss auf die Ausgestaltung der Außenpolitik zu nehmen.

Um zu erkunden, inwieweit das relative „Scheitern“ des indischen Entwicklungsmodells den Kurswechsel beeinflusste, muss man sich vergegenwärtigen, dass Indien in Bezug auf seinen relativen Entwicklungsstand die südost- und ostasiatischen Staaten (inklusive Chinas) bis in die frühen 60er Jahre überragte (Saint-Mézard 2006). Danach fiel es progressiv zurück, zunächst im Verhältnis zu den vier asiatischen Tigern, später auch gegenüber China. Dies bedeutete für die indische Elite, die mit einem extremen zivilisatorischen Selbstbewusstsein ausgestattet war, nicht nur eine tiefe Kränkung, sondern hatte auch sicherheitspolitische Implikationen, da die zunehmende wirtschaftliche und technologische Rückständigkeit auch die militärische

Schlagkraft zu beeinträchtigen drohte. Die außenpolitische Elite wurde sich dieses Nexus zunehmend bewusst; er wurde ein wichtiger Stimulus für die Ingangsetzung wirtschaftlicher Reformen. J.N. Dixit, der frühere indische Staatssekretär im Außenministerium führte in der Rückschau aus: „The illustrative influence of the modernization of the Chinese economy, and the economic performance of ASEAN and others such as South Korea and territories such as Taiwan gave an impetus to the process“ (Dixit 1996). Mit schlichter, aber noch stärkerer Betonung der Machtressourcen sagte Rajiv Gandhi, jener Premierminister, der die zaghafte ersten Liberalisierungsversuche einläutete: „Wir müssen Indien groß machen. Dazu brauchen wir Computer und moderne Technologie, aber auch eine saubere Politik [...]“⁵ Natürlich hätte Indien auf seinem bisherigen Wege noch eine Weile verharren können; aber die Wachstumsdividende der bisher verfolgten Strategie begann im Verhältnis zum eingesetzten Kapital rasch kleiner zu werden, die haushaltspolitischen Spielräume für den investiven Mehraufwand zur Aufrechterhaltung des Wachstums schwanden rapide (Betz 2000).

Das Ende der Blockkonfrontation und der Zusammenbruch der sozialistischen Staaten haben den gesellschaftlichen Meinungswandel sicherlich verstärkt. Diese Ereignisse beraubten Indien auch seiner sowjetischen Sicherheitsgarantie gegen externe Mächte und machten damit auch die Steigerung eigenständiger Machtressourcen wichtiger. Das Ende der sozialistischen Staaten erschwerte und verunmöglichte später auch den Bezug aufwendiger Waffensysteme zu vergünstigten Konditionen. Die Importe mussten nun in harten Devisen bezahlt werden, die zunächst einmal auf den Weltmärkten zu verdienen waren. Schließlich führte das Ende der sozialistischen Staaten auch zum fast vollständigen Zusammenbruch des indischen Außenhandels mit

5 Vgl. Wirtschaftswoche 2.5.1985.

diesen, der bis in die späten 80er Jahre einen nicht unerheblichen Teil des indischen Gesamthandels ausgemacht hatte.

Indirekt haben wohl auch die durch wirtschaftliche Globalisierung ausgelösten strukturellen Zwänge zum Kurswechsel in der Außenpolitik beigetragen. Zwar war Indien in diese Globalisierung nur partiell einbezogen (s.o.),⁶ die kompetitive Liberalisierung der Handels-, Investitions- und Finanzmarktpolitik sowie die Senkung der Steuersätze, die nach der Verschuldungskrise Anfang der 1980er Jahre in weiten Teilen der so genannten Dritten Welt in Gang kam, verschlechterte aber die Konkurrenzbedingungen jener Volkswirtschaften, die nach wie vor abgeschottet und heftig reguliert waren. Vor und nach der Schuldenkrise fand zudem eine massive Privatisierung der Entwicklungs- und Leistungsbilanzfinanzierung von Entwicklungsländern statt, von der nur solche Staaten profitieren konnten, deren wirtschaftliche Fundamentaldaten gesund waren und internationalen Investoren ein attraktives Investitionsklima boten. Parallel dazu fiel das Volumen der öffentlichen Entwicklungszusammenarbeit real auf absolute Tiefsstände. China profitierte in spektakulärer Weise von den zunehmenden Transfers privaten Kapitals in die weniger entwickelte Welt, ostasiatische Staaten blieben die attraktivste Anlageregion, während Indien bis Mitte der 1990er Jahre nur bescheidene Beträge ausländischen Kapitals mobilisieren konnte.⁷

Die Liberalisierung des internationalen Handels wurde schließlich auch kräftig gefördert durch den erfolgreichen Abschluss der Uruguay-Runde (gipfelnd in der Gründung der WTO Anfang 1995); diese verbesserte

6 Der durchschnittliche Importzollsatz in Indien betrug Mitte der 80er Jahre prohibitive 86%; der Finanzsektor war ausländischen und privatem Kapital völlig verschlossen, private Investitionen waren heftig reguliert, das ausländische Kapital war auf Minderheitsposition reduziert, durfte in etlichen Sektoren gar nicht angelegt werden. Schließlich herrschte im Devisenverkehr Zwangsbe-
wirtschaftung.

7 Vgl. dazu World Bank, Global Development Finance, versch. Jahrgänge, Wsshington, D.C.

die komparativen Kostenvorteile jener Entwicklungsländer am meisten, die ihre Zollsätze für Zwischen- und Investitionsgüter deutlich senkten. Zum Zeitpunkt der Gründung der WTO fand überdies eine Welle von Gründungen neuer oder der Wiederbelebung überkommener regionaler Freihandelszonen statt, die zunächst ein Reflex der langsamen Fortschritte in der Uruguay-Runde waren; der Impetus hielt aber auch nach Gründung der WTO an. Die Welt drohte aus indischer Perspektive in kompetitive Handelsblöcke zu zerfallen, dominiert von der EU, den Vereinigten Staaten und – eventuell – Japan. Indien würde aus allen Vereinbarungen ausgeschlossen sein (Saint-Mézard 2006) mit Ausnahme der damals noch äußerst schwachbrüstigen Südasiatischen Gemeinschaft für Regionale Kooperation (SAARC). Diese entstehenden Handelsblöcke zeigten seit Ende der 1980er Jahre eine Tendenz, sich zu erweitern und zu vertiefen (Gemeinsamer europäischer Markt, Gründung der NAFTA 1993, der APEC 1989).

Alle angeführten Entwicklungen reduzierten die Wachstumsdividende der traditionellen indischen Entwicklungs- und Industrialisierungsstrategie zusätzlich und drohten Indiens Position im Verhältnis zu China und den anderen asiatischen Staaten weiter zu schwächen. Ein Aufholen bedurfte v.a. auch der gesteigerten Einwerbung externer Finanzmittel. Dies schon allein deshalb, weil die indischen Staatsbetriebe technologisch weit hinterher hinkten, die industrielle Basis insgesamt relativ schwach war (die verarbeitende Industrie hat auch heute nur einen bescheidenen Anteil von 16,3 % am Bruttoinlandsprodukt)⁸, vor allem aber, weil die staatliche Infrastruktur sich als völlig defizitär darstellte. Indien musste sich daher gegenüber den internationalen Finanzmärkten als attraktiver Standort präsentieren, das bisherige Negativimage als reformfeindliches, politisch und sozial instabiles Land abstrei-

8 Vgl. http://devdata.worldbank.org/AAG/ind_aag.pdf

fen und glaubwürdig vermitteln, dass die wirtschaftlichen Reformen dauerhafter Natur seien und Indien alsbald zu einer wirtschaftlichen Großmacht machen würden (Sinha 2004).

Dies erforderte auch eine gewisse Schwerpunktverschiebung im Management der Außenpolitik, bei dem der wirtschaftliche Aspekt bislang hinten anstand. Schon zu Beginn der 1990er Jahre wurde die Wirtschaftsabteilung des Außenministeriums gestärkt, eine Unterabteilung zur Koordinierung der Außenwirtschaftspolitik eingerichtet. Im Jahre 1991 forderte der indische Premierminister das Außenministerium und die indischen Botschaften nachdrücklich auf, sich auf die wirtschaftlichen und technologischen Bezüge der indischen Außenpolitik zu konzentrieren. Die Botschaften sollten zudem ausländische Investoren auf das wirtschaftliche Potential Indiens aufmerksam machen (Sinha 2004; Saint-Mézard 2006).

In vielerlei Hinsicht läuteten diese Initiativen einen strategischen Paradigmenwechsel in der Außenpolitik an. Diese war bis dahin einem sehr traditionellen Leitbild verhaftet, wonach der Staat den alleinigen Akteur auf der internationalen Bühne darstellte, mit seinen Streitkräften als wichtigstem Instrument und der Wahrung territorialer Integrität und Souveränität als den wesentlichen Zielen (Thakur 1994). Liest man dagegen außenpolitische Verlautbarungen der letzten Jahre, so werden in ihnen die Bedeutung von militärischen Ressourcen als Machtfaktoren zugunsten wirtschaftlicher Stärke, technologischer Expertise (in der globalen Wissensgesellschaft), sicherer Energiebezüge, demokratischer Stabilität und einer lebendigen Zivilgesellschaft deutlich abgewertet.⁹ Konsequenterweise werden die Vorteile allseitig freundlicher außenpolitischer und außenwirtschaftlicher Beziehungen, der

⁹ Dies ist das Ergebnis einer Auswertung von Statements des Ministry of Foreign Affairs, vgl. <http://www.meaindia.nic.in/>

konsequente Ausbau der eigenen wirtschaftlich-technologischen Ressourcen und der Vorzug multilateraler Ansätze zur Sicherung von Frieden und der Bewältigung globaler Risiken und Probleme hervorgehoben.

Ohne Frage hat die wirtschaftliche Liberalisierung, einmal in Gang gesetzt, jene Gruppen einflussreicher werden lassen, die vom intensivierten Austausch mit den offenen westlichen und asiatischen Volkswirtschaften profitierten und diese daher veranlasst, eine außenpolitisch abgestützte Verstärkung dieses Austausches einzufordern. Das heißt aber mitnichten (a) dass die indische Regierung die Neuausrichtung der Außenpolitik und Außenwirtschaftspolitik zu Beginn auf Druck dieser Gruppen einläutete oder (b) gar auf Druck der Internationalen Finanzinstitutionen.. Zwar wurde die Liberalisierung vom IMF finanziell unterstützt, aber auf der Basis eines höchst eigenständigen (und milden) indischen Programms. Die Kredite wurden zudem vorzeitig zurückgezahlt, ließen dem Fonds also nicht viel Zeit zur Feinsteuerung der Reformen. Natürlich gab es vor ihrer Umsetzung Gruppen, die diese forderten (vor allem aus den Reihen neuer Unternehmen, die Zugang zu ausländischer Technologie benötigten), diese waren aber weit schwächer als jene, die aus der Fortsetzung des bisherigen Kurses Nutzen zogen (Vertreter von Staatsunternehmen und Privatbetrieben, die vor ausländischer Konkurrenz geschützt bleiben wollten sowie deren Arbeitnehmer, die Bürokratie und Politiker, die von der dichten Kontrolle der Privatwirtschaft und der damit verbundenen Patronage profitierten). Die ominösen Mittelschichten, die gerne als Förderer der Reformen angeführt werden, waren kollektiv gar nicht artikulations- und schon gar nicht politisch handlungsfähig, ihr Umfang wurde oft grob übertrieben (Angaben reichen bis zu 250 Mio. Menschen). Die wirtschaftlichen Reformen wurden vielmehr von einer schmalen Equipe um den indischen Premierminister durchgesetzt. Diese Aufgabe wurde erleichtert

durch die schwere Zahlungsbilanzkrise, in die Indien zur Jahreswende 1990/91 schlitterte und die Reformgegner schwächte, durch die Ablenkung der Öffentlichkeit aufgrund religiöser, kastenbezogener und separatistischer Konflikte. Schließlich wurden heikle Reformvorhaben (Privatisierung, Liquidierung insolventer Privatunternehmen) auf die lange Bank geschoben und die Reformen nur stückweise umgesetzt (Jenkins 1999). Als Schlussfolgerung drängt sich auf, dass die politische Elite den Kurswechsel im eigenen Interesse – also zur Wiedergewinnung fiskalischen Spielraums, negativ ausgedrückt in Reaktion auf ihre erodierenden Patronageressourcen (Desai 1999) – aber auch im Interesse der Wahrung von Indiens weltpolitischem Status durchführte.

3. Der Einfluss der offenen Wirtschaft auf die Außenpolitik

Der ideelle entwicklungsstrategische und außenpolitische Wandel brachte Erfolg; dieser war zweifelsohne die wichtigste Ursache seiner Konsolidierung. Das indische Wirtschaftswachstum beschleunigte sich deutlich ab Mitte der 90er Jahre und lag in den letzten fünf Jahren bei etwa 8,5% p.a., das Land gehörte damit zu den global am schnellsten wachsenden Volkswirtschaften. Das Wachstum wurde zu einem großen Teil nicht von höheren Inputs, sondern von wachsender Faktorproduktivität bewirkt, die finanzielle Öffnung brachte zuletzt Rekordzuflüsse an ausländischen Investitionen, nur noch wenig unter dem Niveau Chinas. Die Exporte wuchsen mit über 20% p.a., die Güterpalette verschob sich in Richtung technologisch anspruchsvollerer Produkte; das Gewicht des Außenhandels am Bruttoinlandsprodukt hat sich

deutlich erhöht (auf 48,8% im Jahre 2006 gegenüber 12,4% 1986).¹⁰ Westliche Länder sind immer noch die wichtigsten Handelspartner und Investoren, freilich mit – zugunsten Asiens und der Ölstaaten – abnehmender Tendenz (vgl. MoF 2008). Indien ist auch das Land mit den umfangreichsten Gastarbeiterüberweisungen geworden (IMF 2007). Damit zusammenhängend ist die indische Diaspora weiter gewachsen; in den USA auf ca. 3 Mio. Menschen, die ein weit überdurchschnittliches Einkommen verzeichnen und ihren Einfluss für eine stärker proindische Politik der USA (etwa im Rahmen des India Caucus im Kongress) zur Geltung bringen (Rothermund 2008).

Mit dem wirtschaftlichen Erfolg wurden Unternehmen und ihre Verbände, die von diesen Entwicklungen profitierten, deutlich einflussreicher und artikulierten auch ganz offen ihr Interesse an einer weiter Liberalisierung des Handels- und Kapitalverkehrs, an einer stärkeren wirtschaftlichen Anbindung Indiens an die USA, Europa und die asiatischen Staaten. Stärkster Förderer ist die schon genannte Confederation of Indian Industries, ein Dachverband der jungen, dynamischen und technologieintensiven Unternehmen. Die Öffnung und selbst die dabei zum Einsatz kommenden Instrumente werden aber heute auch von keiner maßgeblichen Partei in Frage gestellt. Selbst die kommunistische CPM, die diese Politik in Neu Delhi verbal bekämpft, wirbt in Westbengalen um ausländische Investoren und versucht, ihren Staat insgesamt als attraktiven Standort zu vermarkten. Der Kurswechsel erfreut sich auch wachsender populärer Unterstützung und ist damit nahezu unumkehrbar.

Parallel zum wirtschaftlichen Erfolg ist das Selbstvertrauen der indischen Elite gestiegen; sie ist sich sicher, dass Indien (a) zu den Gewinnern der wirtschaftlichen Globalisierung gehört, (b) zu den führenden Mächten des 21.

¹⁰ Daten aus World Bank, World Development Indicators, versch. Jahrgänge.

Jahrhunderts (vgl. etwa Mukherjee 2006 und 2007), das bereits von indischen Think Tanks als trilaterale Ära apostrophiert wird (angeführt von den USA, China und Indien). Daraus folgen direkte Forderungen nach einer reformierten Struktur von Global Governance, die Indien ein größeres Gewicht in den Internationalen Finanzinstitutionen und einen permanenten Sitz im UN-Sicherheitsrat verschaffen (vgl. Virmani 2004 und 2005). Schließlich haben der Erfolg der Dynamisierung der indischen Wirtschaft sowie nicht zuletzt auch die offene Ausübung der Nuklearoption dazu geführt, dass sich Indien vermehrter internationaler Beachtung erfreut, sich die etablierten Großmächte in der Vereinbarung strategischer Partnerschaft mit der aufstrebenden Großmacht geradezu überbieten, Indien zunehmend als wichtiger Akteur in globale Verhandlungen der wichtigsten Mächte (etwa im Rahmen der G 8) einbezogen wird.

Die Ausrichtung der indischen Außenpolitik hat sich parallel zu diesen Entwicklungen – allerdings mit einem gewissen Zeitverzug – weiter verschoben. Zunächst wurden die südostasiatischen Nachbarn umworben, deren wirtschaftliches Potential vorher heruntergespielt und die als Handlanger des Westens gegeißelt wurden. Häufige Reisen des indischen Premierministers in diese Staaten läuteten spätestens 1994 den Beginn der „Look East policy“ ein, die alsbald zur institutionalisierten Zusammenarbeit mit der ASEAN und der Neugründung regionaler Zusammenschlüsse (BIMSTEC) führten (Cohen 2002; Wagner 2005). Die Ausrichtung auf diese Partner bedurfte nur einer milden Modifikation der tradierten außenpolitischen Ziele. Politisch schwieriger war aber die Annäherung an die Vereinigten Staaten, zumal diese in den 1990er Jahren Indien zur bevorzugten Zielscheibe von Forderungen zur Wahrung der Menschenrechte und zur Einstellung des Nuklearprogramms machten. Entspannung brachte paradoxerweise erst die offene Nuklearisie-

rung Indiens, der nach anfänglichen Sanktionen ein lang anhaltender bilateraler Dialog über die Integration Indiens in das internationale Nuklearregime und eine sukzessive Verbesserung der bilateralen Beziehungen folgte.

Betrachtet man die artikulierten Interessen der indischen Außenpolitik heute, so ist der Schutz territorialer Integrität und staatlicher Souveränität, der dazu notwendige Aufbau des Militärapparates argumentativ auf Platz zwei abgerutscht. So führte der indische Außenminister aus: „The primary task of Indian foreign policy has to remain the facilitation of India’s development processes, leveraging our international partnerships to the best possible effect. Our focus in the coming decade should be on promoting trade and investment flows, in assisting the modernization of the infrastructure, in assuring predictable and affordable energy supplies and in securing the widest possible access to technologies” (Mukherjee 2006). Dieser Aufstieg erfordere ein stabiles und friedliches internationales Umfeld, in dem die USA zwar die dominante Macht darstellten, angesichts wachsender globaler Probleme und wachsender Interdependenz jedoch auf die Kooperation schwächerer Mächte angewiesen seien. Die außenpolitische Elite betrachtet wirtschaftliche Stärke als neue Währung der Macht im internationalen System (so schon Cohen 2002), kultiviert auch einen breiteren Sicherheitsbegriff als einstmals. Wirtschaftliche Macht wird mehr und mehr in Abhängigkeit von Wissen gesehen, die dabei oft angestellte Assoziation zu neuen Kommunikationstechnologien ist nicht ganz zufällig, ist doch gerade in diesem Bereich Indien sehr gut positioniert. Um den weiteren wirtschaftlichen Aufstieg nicht zu gefährden, müsse Indien zu allen wichtigen Spielern im internationalen System gute Beziehungen unterhalten, speziell zu den Vereinigten Staaten, mit denen man politische und kulturelle Werte (Demokratie, gesellschaftliche Pluralität, Kampf gegen den internationalen Terrorismus) teile und mit denen man sich wirt-

schaftlich und durch Kontakt der Bürger verbunden fühle. Zuletzt zeigt die außenpolitische Elite neuerdings auch ein starkes und dauerhaftes Interesse an einer stabilen, prosperierenden regionalen Nachbarschaft. Das für diesen Gesinnungswandel angeführte Motiv ist kennzeichnend: "A major power has hardly ever emerged – or sustained itself – on the world scene amidst a conflict-ridden and impoverished neighbourhood" (Mukherjee 2006). Die erstgenannten außenpolitischen Zielsetzungen verstehen sich unmittelbar von selbst.

Indien und seine mittelfristige wirtschaftliche Entwicklung profitieren von einem multipolaren System, das dominiert wird von einer Großmacht mit ähnlichen gesellschaftlichen Werten und Präferenzen, die möglicherweise Indien auch gegen andere Großmächte stützen kann, die aber andererseits nicht so übermächtig ist, Indien seine *terms of reference* zu diktieren oder gar zu zwingen, im Kampf gegen dessen Opponenten (China, Iran) bedingungslos Partei zu ergreifen. Da Indien ein Spätankömmling auf der internationalen Wirtschaftsbühne ist und weiter rasch expandieren muss, um seinen Status zu verbessern und – bei einem ausgeprägt kapitalintensiven Wachstum – die Beschäftigung der Arbeitskräfte zu sichern (die Regierung veranschlagt einen Sollwert von 8-10% Wachstum p.a.), muss das Land seine Handels- und Investitionspartner weiter diversifizieren und kann nur begrenzt auf wirtschaftliche Chancen zugunsten einseitiger Parteinahme verzichten. Der multipolare Charakter des Internationalen Systems kann natürlich von der indischen Regierung nicht herbeigezwungen werden, sie macht aber hohen argumentativen Aufwand, um ihn als gegeben zu belegen, teilweise mit Verweis auf globale Probleme (Weltklima), an deren Lösung sie sich selbst nur begrenzt beteiligen will.¹¹

11 Vgl. die Statements aus dem Außenministerium, Fußnote 9.

Ähnlich lässt sich in Bezug auf die regionalpolitische Komponente argumentieren. Indien hat natürlich nur begrenzten Einfluss auf die politische Stabilität und wirtschaftliche Prosperität seiner Nachbarstaaten. Die außenpolitische Elite des Landes zeigt sich aber daran interessiert wie nie zuvor. Jahrzehnte wurden diese Nachbarn mehr oder weniger als Satelliten oder potentielle Juniorpartner in einem von Indien dominierten regionalen Sicherheitskomplex (zum Begriff Buzan/Waever 2003) angesehen. Bemühungen, ein attraktives Projekt regionaler Gemeinschaft anzubieten oder gar dazu Vorleistungen zu machen, waren nicht auszumachen. Bis Anfang der 90er Jahre war Indien nur ein lauwarmer Befürworter, sogar eher ein Bremser, der entstehenden Südasiatischen Gemeinschaft für Regionale Zusammenarbeit (SAARC). Das hat sich seither dramatisch geändert: Beginnend mit der Politik guter Nachbarschaft unter Premierminister Gujral (1996ff.) hat sich Indien mittlerweile zu einem aktiven Förderer einer genuinen regionalen Wirtschaftsgemeinschaft gemausert, hat einseitige Vorleistungen dafür gemacht (in bilateralen Handelsverträgen mit Sri Lanka und Nepal und beim Zustandekommen des regionalen Freihandelsabkommens SAFTA 2005), hat zur Entspannung territorialer Konflikte beigetragen (insbesondere um Kaschmir) und äußerste Zurückhaltung bei der Einmischung in innere Angelegenheiten seiner Nachbarn an den Tag gelegt (Wagner 2005; Dubey 2007).

Dieser Wandel ist durch mehrere Faktoren bedingt: Erstens durch das Scheitern der einstmaligen subregionalen Hegemonialpolitik, besonders spektakulär bei der militärischen Intervention in Sri Lanka (1987-1989), aber auch bei den übrigen Nachbarn, die sich als Reaktion entweder raumfremde Allianzpartner suchten (Pakistan), sich China annäherten (Nepal) oder Friedenszonen zu etablieren suchten, welche ihr Territorium der Übermacht des Nachbarn entziehen sollten. Die außenpolitische Elite hat aus diesen Fehl-

schlagen ganz offenkundig seine Lektion gelernt. Neuerdings entfaltet auch der „nukleare Schatten“, der seit den indisch-pakistanischen Atomtests über Südasien liegt, dämpfende Wirkung; er hat beide Länder dazu veranlasst, trotz vielfältiger Gelegenheiten die bilateralen Konflikte nicht übermäßig eskalieren zu lassen (Ganguly/Hagerty 2005). Drittens blieb der indischen Elite spätestens seit dem zweiten Irakkrieg nicht verborgen, dass das tradierte Völkerrecht nicht mehr zuverlässig vor externen Einmischungen und Interventionen schützt, wenn regionale Konflikte nicht selbst beigelegt werden. Viertens wuchs die Wahrnehmung, dass die äußerst schwache wirtschaftliche Integration in der Region eine nicht unbedeutende potentielle Wachstumsreserve darstellt. Wenn wir den Anteil des intraregionalen Handels in Südasien (um 5% vom Gesamthandel) mit jenem in Südost- und Ostasien (45-50%) vergleichen, wird dies unmittelbar einsichtig. Sicherlich sind die Handelsstrukturen der südasiatischen Staaten nur begrenzt komplementär, Widerstände beim Abbau der Zölle sensibler Waren im Rahmen der SAFTA sowie der massive Schmuggel über die indisch-pakistanische Grenze zeigen aber das Ausmaß der verpassten Möglichkeiten an (Taneja 2006). Die neuerdings aktive Haltung Indiens zur regionalen wirtschaftlichen Integration wurde überdies seit Jahren von Unternehmerverbänden gefordert und wird jetzt massiv unterstützt¹², sie kann sich auch des Rückhalts zahlreicher zivilgesellschaftlicher Organisationen sicher sein, die sich seit Ende der 1980er Jahre zunehmend für regionalen Ausgleich und Zusammenarbeit einsetzen (Parikh 2006).

Eine aktivere Regionalpolitik Indiens wurde neuerdings auch nicht wie früher durch militante Anschläge (in Kaschmir), die Zuspitzung interner Konflikte (in Sri Lanka) oder autoritäre Rückfälle (in Bangladesh) zurückge-

12 Vgl. dazu die Press Releases der Confederation of Indian Industry, <http://www.ciionline.org/>

worfen. Der eigentliche Testfall einer wirklich veränderten Haltung gegenüber den Nachbarn würde natürlich die Deeskalation des Kaschmirkonflikts darstellen. Auch diesbezüglich sind aber deutliche Fortschritte erkennbar. Premierminister Manmohan Singh äußerte schon kurz nach Amtsantritt: „[...] we have to find a way to stop talking of war with Pakistan. This is stopping us from realising our potential“.¹³ Später haben Vertreter des politischen Establishment verschiedentlich ihr Interesse an einem prosperierenden, ungeteilten und stabilen Pakistan ausgedrückt: “A stable, moderate and prosperous Pakistan at peace with itself and its neighbours is in India’s interest” (Menon 2007). Dergleichen wurde früher selten in dieser Deutlichkeit vernommen. Im Übrigen wurden diese Äußerungen begleitet von einem nun schon vier Jahre anhaltenden umfassenden Dialog mit dem Nachbarstaat über nahezu jedes bilaterale Problem, der auch zumindest bescheidene faktische Verbesserungen brachte (Betz 2007).

Zuletzt sei noch auf eine anderen, wichtigen internen Einflussfaktor der Außenpolitik verwiesen. Indien stellt global bereits jetzt einen der wichtigsten Energiekonsumenten dar (mit 5% des weltweiten Verbrauchs gegenüber 12% für China), absorbiert zunehmende Anteile der weltweiten Ölnachfrage, besitzt aber nur geringfügige eigene Öl-, Gas- und Uranvorkommen, während die weitere Ausbeutung der qualitativ dürftigen eigenen Kohlevorkommen an relativ enge ökologische Grenzen stößt (Brookings Institution 2006; Shalizi 2007). Sollte die geplante wirtschaftliche Dynamik anhalten, wird sich die Energieknappheit zu einem noch schwereren Hindernis auswachsen als bislang. Sowohl Indien wie China setzen auf Diversifikation ihrer Bezugsquellen und der Versorgungsnetze, müssen dabei auch, weil die *claims* weitgehend durch transnationale und staatliche Ölkonzerne anderer

13 Vgl. Frontline, 25.2.2006.

Nationen abgesteckt sind, Verträge mit neuen Anbietern (in Zentralasien) oder mit solchen abschließen, die vom Westen als Schurkenstaaten qualifiziert werden. In diesem „Wettlauf um den Rest“ war China bislang deutlich erfolgreicher als Indien (z.B. im Sudan oder in Kasachstan); kürzlich (2005) schlossen beide Staaten aber ein Abkommen zur gemeinsamen auswärtigen Erschließung (Chatterjee/Sinha 2006)). Diese Politik, die auch bei Indien vervollständigt wird durch die Planung neuer Erdöl- und Ergaspipelines (vom Iran bzw. von Myanmar nach Indien), hat zu nicht geringen Irritationen im amerikanisch-indischen Verhältnis geführt, hat andererseits die Annäherung an Pakistan (als Transitland der geplanten Pipeline vom Iran) gefördert. Bei der Diversifikation der Energiequellen glaubt die indische Regierung auch angewiesen zu sein auf eine sichere Versorgung mit Uran; der inzwischen vereinbarte, vorher äußerst kontrovers diskutierte indisch-amerikanische Nuklearvertrag findet darin zumindest eine zusätzliche, vorerst noch etwas schwache, Begründung, weil Kernkraft bislang nur 3% des Energieangebots bestreitet (Chari 2006).

Auffällig ist, dass die indische Regierung bei der Sicherstellung von Energie nicht wirklich Neuland beschreitet, sondern nur die bisher beschrittenen Wege verbreitern will unter weitgehendem Verlass auf staatliche Energiekonzerne. Es kommt hinzu, dass die Energieknappheit in Indien nicht allein durch äußere Umstände vorgegeben, sondern durch die verfolgte Entwicklungsstrategie zweifelsohne verschärft worden ist. Diese war und ist stark kapital- und energieintensiv. Zusätzlich ist die Intensität der Energienutzung recht dürftig, hinkt selbst noch hinter jener Chinas hinterher (Shalizi 2007). Dies hat damit zu tun, dass die indischen Industrieunternehmen (vornehmlich des staatlichen Bereichs) bislang nur begrenzt in effizientere Nutzung investierten und dass Indien in Bezug auf die Landwirtschaft und die

Konsumenten (aus innenpolitischen Zwängen) eine Politik der billigen, heftig subventionierten Energie verfolgt hat. Die Energiepolitik kann also als ein Feld bezeichnet werden, wo soziales Lernen der politischen Elite, aufgrund interner Zwänge und perzipierter gesellschaftlicher Widerstände, nur sehr begrenzt stattgefunden hat.

4. Demokratie, Zivilgesellschaft und Außenpolitik

Die Förderung der Menschenrechte, der Demokratie und der Zivilgesellschaft gehörte lange Jahre nicht zu den Prioritäten der indischen Außenpolitik, trotz aller gegenteiligen Bekundungen – die sich allerdings meist auf die Demokratisierung des internationalen Systems bezogen – auf internationalen Foren. In den letzten Jahren ist diesbezüglich aber eine zumindest verbal deutliche Akzentverschiebung zu beobachten, die insbesondere vor amerikanischem Publikum seinen Ausdruck findet. Parallel zum Bestreben der außenpolitischen Elite in den USA, Indien als Bollwerk der Demokratie und der Menschenrechte, offener Wirtschaftspolitik und ausgeprägter Arbeitsethik gegen autoritäre Bestrebungen und internationalen Terrorismus (auch gegen China) aufzubauen (Burns 2007), unterstreicht nun auch die indische Regierung den Schulterabschluss in Bezug auf Demokratie und gemeinsame Werte mit den USA. So betonte der indische Staatssekretär im Außenministerium, die Basis der natürlichen strategischen Allianz sei die „[...] fundamental convergence in our values and ethos. We are not just democracies, but societies with truly, composite, assimilative and inclusive cultures“ (Shukla 2007). Die gemeinsame Verteidigung dieser Werte gebiete sich daher.

Es ist die Frage, ob die indische Regierung wirklich den Schulterabschluss mit den demokratischen Regimen dieser Welt als Wert an sich an-

strebt, oder ob die beschworene Gemeinsamkeit eher instrumentellen Charakter hat. Die letztgenannte These könnte Bestätigung darin finden, dass die Verletzung der Menschenrechte oder demokratischer Prinzipien kein Hinderungsgrund für Indien war, freundliche Beziehungen mit nicht-demokratischen Staaten aufrecht zu erhalten, besonders wenn wirtschaftliche oder energiebezogene Interessen dies unterstützten (s.o.). Auch die Förderung der Demokratie in der unmittelbaren Nachbarschaft hat bislang kaum eine Rolle in der indischen Außenpolitik gespielt, auch wenn indische Politiker immer wieder den Vorbildcharakter ihres politischen Systems betonen. Eine gewisse Ausnahme stellt Nepal dar, wo indische Politiker Vermittlungsdienste zwischen den Maoisten und den übrigen Parteien leisteten, damit auch die Redemokratisierung förderten. Präferenz hatte für die außenpolitische Elite Indiens aber gegenüber dem Regimecharakter stets die Stabilität der Nachbarn und die Abwehr raumfremder Eingriffe ins Geschehen (Wagner 2008). Diese Zurückhaltung ist auch vor dem Hintergrund der jahrzehntelang gegenüber den etablierten Großmächten vertretenen indischen Politik der strikten Wahrung nationaler Souveränität und der Nichteinmischung in innere Angelegenheiten zu verstehen. Diese Werte gehören zum Kernbestand, sind daher auch besonders veränderungsresistent.

Die indische Regierung zeigte sich schon bald nach dem 11. September 2001 überzeugt, dass der Kampf gegen den internationalen Terrorismus nur durch den Krieg der Ideen (so wörtlich) zu gewinnen sei: „We have to expand the constituency of democracy by promoting the ideals of freedom, democracy, rule of law and tolerance, which are our defining strengths“ (Vajpayee 2003). Angesichts des extrem engen Zusammenhanges, in den demokratische Werte stets mit der Bekämpfung des Terrorismus gestellt werden, drängt sich der Verdacht auf, dass der Schulterschluss mit den demokrati-

schen Staaten auch dazu dient, die Bekämpfung der militanten Gruppen in Kaschmir und anderswo in Indien zu legitimieren und zweitens die Vorzüglichkeit des indischen politischen Systems im Vergleich zu den islamistischen Staaten in der Nachbarschaft darzutun, die angeblich den internationalen Terrorismus in besonderer Weise fördern.

In Bezug auf ihre Werteorientierung hat die indische Regierung in den letzten Jahren auch die Zivilgesellschaft entdeckt, die bei der Analyse der Internationalen Beziehungen und bei der Lösung von Global Governance-Problemen nicht mehr ignoriert werden könne. Die Wertschätzung der Zivilgesellschaft wird in engem Zusammenhang mit der Gemeinschaft der Auslandsinder – speziell der indo-amerikanischen Gemeinschaft gesehen, die eine wichtige Rolle dabei gespielt habe und noch spiele, die USA und Indien näher zusammen zu bringen (statt vieler: Vajpayee 2003). Es wurden schon der beträchtliche Umfang dieser Gemeinschaft und ihr relativer Wohlstand thematisiert; ihre Bedeutung wird ergänzt durch den zirkulären Austausch (mit Schwergewicht auf der Richtung „Indien-USA“) von Unternehmern, Managern, Technikern und Wissenschaftlern sowie durch bilaterale Institutionen. Nicht nur die betreffenden Gruppen haben ein Interesse am Fortbestand und der Weiterentwicklung dieses Austausches und damit auch an einem liberalen Migrationsregime für indische Fachleute in den USA und anderen westlichen Staaten, sondern auch die indische Regierung, ist das Land doch einesteils Empfänger der schon angeführten, beträchtlichen Überweisungen dieser Fachleute nach Indien, sondern auch Nutznießer des daraus folgenden Technologietransfers. Auch hier ist also zu fragen, ob sich die Wertschätzung in erster Linie auf die Zivilisierung der internationalen Politik durch die internationale Zivilgesellschaft bezieht oder nicht stärker auf den erwarteten Nutzen für das eigene Land.

5. Innere Sicherheit und Außenpolitik

Der amtierende indische Premierminister hat unlängst in einer, für die Vertreter des politischen Systems seltenen, Deutlichkeit für die Verwendung eines weniger engen Sicherheitsbegriffs plädiert und für eine Zusammenschau interner und externer Sicherheitsbedrohungen. Gewalt, so Manmohan Singh, sei oft nur ein Symptom tiefer liegender sozialer und wirtschaftlicher Schwächen von Staaten, oft auch Folge der Entfremdung der Bevölkerung: „This sentiment is then exploited by external forces inimical to our nation. There is thus a link between external and internal threats to our security. Therefore, apart from firm political and administrative handling of such threats, we also need the economic and social space within which a political leadership can contend with such problems. This space can be created by rapid social and economic development“ (Singh 2005).

Wirtschaftlicher und sozialer Fortschritt als Garantie für innere und äußere Sicherheit wird neuerdings auch auf die Nachbarn bezogen, Indien dabei die Rolle zugewiesen, durch Betreiben eines attraktiven regionalen Kooperationsprojekts diese zu fördern und damit für gedeihliche Beziehungen zu Indien sowie die Austrocknung eines terrorismusfördernden Umfeldes zu sorgen (das Stichwort ist „shared prosperity“, vgl. Mukherjee 2007). Die angestrebte Verbesserung der nachbarschaftlichen Beziehungen ist also nicht nur durch die oben genannten wirtschaftlichen Faktoren motiviert. Ethnische oder religiöse Konflikte in der Nachbarschaft schwappen leicht nach Indien über und von dort in die ursprünglich andere Richtung, weil etliche ethnische Gruppen oftmals auf beiden Seiten der Grenzen beheimatet sind, Konflikte bei den Nachbarn Flüchtlingsbewegungen nach Indien auslösen, welche die lokale Balance durcheinander bringen (und dann dort lokale Konflikte

te auslösen) und weil militante Gruppen in Indien die Nachbarstaaten als sichere Rückzugsbasen nutzen, wenn sie nicht gar von diesen ermutigt, logistisch, finanziell und militärisch unterstützt werden.

Das betrifft neben Kaschmir v.a. den indischen Nordosten und die zahlreichen, von den sogenannten "Naxaliten" – mit Verbindung zu den nepalesischen Maoisten – in Atem gehaltenen indischen Staaten (dazu Charkarvarti 2008). Diese Konflikte wurden von der politischen Elite früher ausschließlich als "grenzüberschreitender Terrorismus" geißelt, der mit harten militärischen Mitteln und Maßregelung der Nachbarn abgewehrt werden müsse. Das hat sich neuerdings etwas gewandelt; so wird Pakistan zwar immer noch für das Schüren von Gewalt in Kaschmir verantwortlich gemacht, die bilateralen Verhandlungen werden jedoch nicht unterbrochen, wenn militante Gruppen den Friedensprozess stören. In Anerkennung der Tatsache, dass die Unterbindung persönlicher Kontakte zwischen den Menschen auf beiden Seiten der Waffenstillstandslinie den Frieden kaum fördert, wurden zwei grenzüberschreitende Bus- und eine Eisenbahnlinie eröffnet und großzügiger Visa an pakistanische Staatsbürger zum Besuch des indischen Teils von Kaschmir ausgegeben (Shukla 2007). Es bedarf auch der Erwähnung, dass die indische Regierung – durchaus in Berücksichtigung der oben angeführten Äußerungen des Premierministers – die Aufbau-, Rehabilitierungs- und Entwicklungsleistungen für die krisengeplagten indischen Staaten und Distrikte in den letzten Jahren massiv verstärkt hat. Dies in Anerkennung der Tatsache, dass kurzfristig orientierte Bekämpfung von Aufständen allein auch Mittel verschlingt, die besser für die langfristige Befriedung über Entwicklungsfortschritte eingesetzt werden sollten (Roy/Banerjee 2007). In diesem Bereich ist also – bedingt durch das Scheitern des hegemonialen Projekts gegenüber den Nachbarn und angesichts der nicht unbeträchtli-

chen internen Sicherheitsprobleme – ein deutliches Umdenken zu konstatieren.

6. Der außenpolitische Kurswechsel als Lernprozess

Zusammenfassend kann man schlussfolgern, dass ein durch den Einfluss struktureller Faktoren und den wachsenden Einfluss gesellschaftlicher Kräfte auf die indische Außenpolitik modifizierter konstruktivistischer Ansatz den Wandel bei Mitteln und Wegen, mit denen die außenpolitische Elite das Ziel verfolgt, Indien in die Reihe der Großmächte einzureihen, einigermaßen befriedigend erklären kann. Es wurde deutlich zu machen versucht, dass die indische Außenpolitik enge Bezüge zur verfolgten Wirtschaftsstrategie und zur inneren Sicherheit hat. Schon vor der Zeitenwende 1989/90 war die Erkenntnis gereift, dass mit der bisher verfolgten Entwicklungsstrategie Indiens internationale Position nicht zu halten oder gar zu verbessern war. Die endgültige Umsetzung eines neuen Ansatzes bedurfte aber einer krisenhaften Zuspitzung der wirtschaftlichen Lage, welche die nicht gerade geringen Kräfte der Beharrung schwächte. Im Übrigen erfolgte der wirtschaftliche Kurswechsel sukzessiv, betraf zunächst die Deregulierung der Binnenwirtschaft und griff erst später auf die Liberalisierung des Außenhandels, des Investitionsregimes und der finanziellen Verflechtung mit dem Ausland über. Dieser neue Kurs war von Schwellenländern mit ähnlichem Entwicklungsstand und vormals ähnlicher – Strategie bereits – mit unterschiedlichem Erfolg – umgesetzt worden, er war letztlich alternativlos.

Er erstreckte sich zunächst auch nicht auf die Außenpolitik im engeren Sinne; deren Vertreter beharrten bis einige Jahre nach dem Ende des Ost-West-Konflikts auf ihren tradierten Strategien. Erste Aufweichung brachte die

Hinwendung zu den prosperierenden südostasiatischen Ländern; die stärkere Anlehnung an die USA und noch mehr die Verfolgung einer aktiven Regionalpolitik in Südasien ließen auf sich warten. Das ist auch nicht weiter verwunderlich. Bei der Verbesserung der Beziehung zu den südostasiatischen Staaten mussten keine Kernelemente der tradierten außenpolitischen Präferenzordnung geopfert werden, der wirtschaftliche und strategische Nutzen (Eindämmung chinesischen Ausgreifens) stellte sich fast unmittelbar ein. Die Annäherung an die USA berührte stärker den Wertebestand, stieß sich zunächst auch an der mäßigen Wertschätzung der amerikanischen Regierung und ihren Versuchen, Indien nuklear zu mäßigen und auf die Einhaltung der Menschenrechte zu verpflichten. Mit zunehmender wirtschaftlicher Verflechtung und nach den Atomtests veränderte sich die Gelegenheitsstruktur zur Verbesserung des bilateralen Verhältnisses aber deutlich. Die partielle Aufgabe des hegemonialen Projekts gegenüber den Nachbarn berührte den Kernbestand der außen- und sicherheitspolitischen Überzeugungen, konnte auch nicht kurzfristigen wirtschaftlichen Nutzen bringen. Das Scheitern dieses Projektes war zwar schon lange offenkundig, es bedurfte aber eines stärker interventionistischen Ansatzes der etablierten Großmächte in Fragen der Menschenrechte und der regionalen Konflikteindämmung sowie der offenen Nuklearisierung Pakistans, um einer zumindest projektierten Politik der „shared prosperity“ im regionalen Rahmen Platz zu machen.

Einmal in Gang gesetzt, musste der wirtschaftliche Kurswechsel durch Verbreiterung der Güterpalette und Diversifizierung der Handelspartner sowie durch einen deutlich verstärkten Zugang zu internationalem Kapital abgesichert werden. Dazu boten sich nur westliche und asiatische Märkte an. Angesichts dieser systemischen Zwänge war für die außenpolitischen Eliten hierbei also nicht viel zu „lernen“. Im Übrigen verstärkten sich mit zuneh-

mendem Erfolg des neuen wirtschaftlichen Kurses jene, zunächst überschaubaren gesellschaftliche Gruppen, die an seiner Fortsetzung interessiert waren. Die Umorientierung bei den außenwirtschaftlichen und außenpolitischen Strategien wird also heute stärker von der Gesellschaft getragen und mitbestimmt als einst. Die außenpolitische Elite hat ihre Autonomie gegenüber den Vorstellungen gesellschaftlicher Gruppen vor allem in „weichen“ Bereichen progressiv verloren. Dies gilt etwa für die nationale und internationale Klima- und Energiepolitik, deutlich auch im Rahmen von WTO-Verhandlungen, bei denen sich Indien als ein zäher Verteidiger eigener Anliegen profiliert (vgl. Narlikar 2006). Das hat sicher auch damit zu tun, dass in diesen Verhandlungen mittlerweile reale Konzessionen von Indien eingefordert werden, welche die Interessen dieser Gruppen – wegen der stärkeren Einbindung Indiens in die Weltwirtschaft – nun auch intensiver berühren.

Die bisherigen Ausführungen sollen nicht heißen, dass die genannte Wende in Indien nicht auch heute noch zahlreiche Gegner oder allenfalls halbherzige Befürworter findet. Dazu zählen die kommunistischen wie einzelne regionale und (durch Wahlkonjunkturen bedingt) auch hindunationale Parteien; dazu beachtliche Teile der Zivilgesellschaft und der Intellektuellen. Einen deutlichen Hinweis liefert dazu die interne Frontstellung im Kampf um die Durchsetzung des amerikanisch-indischen Nuklearvertrages. Dieser wurde von den Opponenten nicht in erster Linie wegen seiner technischen Details abgelehnt, sondern weil er die außenpolitische Souveränität Indiens untergrabe und das Land zum Juniorpartner der USA generell und speziell bei der Eindämmung Chinas mache.¹⁴ Die Regierung überstand das Vertrauensvotum nur knapp, betonte im Übrigen auch beständig, dass Indien seine

¹⁴ Für diese Interpretation vgl. „Onward to Loss of Autonomy“, *Economic and Political Weekly*, July 26, 2008.

Souveränität niemals aufgeben, Blockfreiheit „in letter and in spirit“ wahren werde und sich nicht gegen China in Position bringen lasse (Saran 2006b).

7. Literaturverzeichnis

Behuria, Ashok K.(2007): „Uneasy Stability: Bangladesh, Sri Lanka, Myanmar“, in: Satish Kumar (Hg.): *India's National Security. Annual Review 2007*, New Delhi: Knowledge World International, 157-173.

Betz, Joachim (2000): „Indiens Entwicklung in einem demokratischen Kontext“, in: *Nord-Süd aktuell* 16 (4), 656-670.

Betz, Joachim (2007): „Hintergründe des anhaltenden indisch-pakistanischen Dialogs“, in: *Aus Politik und Zeitgeschichte* 39/2007, 39-46.

Brookings Institution (2006): *Energy Security Studies. India*, Washington, D.C.: Brookings Institution .

Burns, Nicholas R. (2007): „America's Strategic Opportunity With India“, in: *Foreign Affairs*, 86 (6) (<http://www.foreignaffairs.org/20071101faessay86609/r-nicholas-burns/america-s-strategic-opportunity-with-india.html>, Zugriff: 11.03.2009).

Carlsnaes, Walter (1993): „On Analysing the Dynamics of Foreign policy Change: A Critique and Reconceptualization“, in: *Cooperation and Conflict* 28 (5), 5-30.

Chakravarti, Sudeep (2008): *Red Sun. Travels in Naxalite Coutry*, New Delhi: Penguin/Viking.

Chari, P.R. (2006): *Parsing the Separation Plan. The Indo-US Subsidiary Deal*, Institute of Peace and Conflict Studies, Issue Brief 36, New Delhi.

- Chatterjee, Anidita und Mohit Sinha (2006): *Power Realignment in Asia: China, India and the United States*, Report of a US-India Policy Dialogue, Center for the Advanced Study of India, University of Pennsylvania, Philadelphia.
- Checkel, Jeffrey T. (1997): „International Norms and Domestic Politics: Bridging the Rationalist-Constructivist Divide“, in: *European Journal of International Relations* 3 (4), 473-495.
- Cohen, Stephen P. (2002): *Emerging Power India*, New Delhi: Brookings Institution.
- Desai, Ashok V. (1999): *The Economics and Politics of Transition to an Open Market Economy: India*: OECD Development Centre (Technical Papers No. 155), Paris.
- Dixit, J.N. (2006): *My South Block Years: Memoirs of a Foreign Secretary*, New Delhi, USB Publisher.
- Dubey, Muchkund (2007): „SAARC and South Asian Economic Integration“, in: *Economic and Political Weekly*, 42 (14), 1238-1240.
- Ganguly, Sumit (2003): „India's Foreign Policy Grows Up“, in: *World Policy Journal*, 20 (4), 41-47.
- Ganguly, Sumit und Devin T. Hagerty (2005): *Fearful Symmetry. India-Pakistan Crises in the Shadow of Nuclear Weapons*, Seattle, D.C.: University of Washington Press.
- Gourevitch, Peter (2002): „Domestic Politics and International Relations“, in: Walter Carlsnaes, Thomas Risse und Beth A Simmons (Hg.): *Handbook of International Relations*, Los Angeles (et al.): Sage, 309-328.
- International Monetary Fund (2007): *India*. Staff Report for the Article IV Consultation, Washington, D.C.

- Jenkins, Rob (1999): *Democratic Politics and Economic Reform in India*, Cambridge: Cambridge University Press.
- Legro, Jeffrey W. (2000): „Whence American Internationalism“, in: *International Organization* 54 (2), 253-289.
- Legro, Jeffrey W. und Andrew Moravcsik (1999): „Is Anybody Still a Realist?“ in: *International Affairs* 24 (2), 5-55.
- Maass, Citha D. (2001): „Indiens Sicherheitskonzept“, in: Werner Draguhn (Hg.): *Indien 2001. Politik, Wirtschaft, Gesellschaft*, Hamburg: GIGA, 177-215.
- Menon, Svivshankar (2007): *India-Pakistan: Understanding the Conflict Dynamics*. Speech by Foreign Secretary, Shri Shivshankar Menon at Jamia Millia Islamia, Ministry of External Affairs (<http://mea.gov.in/speech/2007/04/11ss02.htm>, Zugriff: 11.03.2009).
- Ministry of Finance (MoF) (2008): *Economic Survey 2007-2008*, New Delhi.
- Mohan, C. Raja (2003): *Crossing the Rubicon. The Shaping of India's New Foreign Policy*, New York (et al.): Palgrave Macmillan.
- Mukherjee, Pranab (2006): *Indian Foreign Policy: A Road Map for the Decade Ahead*, Speech by External Affairs Minister Shri Pranab Mukherjee at the 46th National Defence College Course, Ministry of External Affairs (<http://www.mea.gov.in/speech/2006/11/15ss02.htm>, Zugriff: 11.03.2009).
- Mukherjee, Pranab (2007): *India and the Global Balance of Power*, Address by External Minister on the occasion of National launch of Global India Foundation, Ministry of External Affairs (http://www.carnegieendowment.org/newsletters/SAP/pdf/feb07/address_external_affairs_minister_international_seminar_indiapower.pdf, Zugriff: 11.03.2009).

- Narlikar, Amrita (2006): „Peculiar chauvinism or strategic calculation? Explaining the negotiating strategy of a rising India“, in: *International Affairs* 82 (1), 59-76.
- Nayar, Baldev Raj und T.V. Paul (2003): *India in the World Order. Searching for Major-Power Status*, Cambridge: Cambridge University Press.
- Parikh, Manju (2006): *India-Pakistan Rapprochement: A Cautious Optimism?* (<http://www.worldpress.org/Asia/2320.cfm>, Zugriff: 11.03.2009).
- Rajan, K.V. (2007): „The Political Future of Nepal“, in: Satish Kumar (Hg.): *India's National Security. Annual Review 2007*, New Delhi: Knowledge World International, 368-383.
- Rothermund, Dietmar (2008): *Indien. Aufstieg einer asiatischen Weltmacht*, München: C.H.Beck.
- Roy, Jayantha and Pritam Banerjee (2007): „India: Economic Development, Globalization and National Security“, in: Satish Kumar (Hg.): *India's National Security. Annual Review 2007*, New Delhi: Knowledge World International, 337-367.
- Saint-Mézard, Isabelle (2006): *India's New Positioning in Asia*, New Delhi: Manohar Publishers and Distributors.
- Saran, Shyam (2005a): *India and Its Neighbours*, New Delhi: Institute for Defence Studies and Analyses (http://www.idsa.in/speeches_at_idsa/ShyamSaran140205.htm, Zugriff: 11.03.2009).
- Saran, Shyam (2006b): *Present Dimensions of the Indian Foreign Policy*. Address by Foreign Secretary Mr. Shyam Saran at Shanghai Institute of International Studies, Ministry of External Affairs (<http://meaindia.nic.in/pressbriefing/2006/01/10pb01.htm>, Zugriff: 11.03.2009).

- Shalizi, Smarak (2007): „Energy and Emissions: Local and Global Effects of the Giants’ Rise”, in: L. Alan Winters und Shahid Yusuf (Hg.): *Dancing with the Giants. China, India, and the Global Economy*, Washington, D.C.: World Bank Publishing, 133-174.
- Shukla, Subash (2007): *Foreign Policy of India*, New Delhi: Anamikas Publishers and Distributors.
- Singh, Manmohan (2005): *IDS Foundation Day Lecture 2005*, New Delhi: Institute for Defence Studies and Analyses (http://www.idsa.in/speeches_at_idsa/ManmohanSinghIDSAat40.htm, Zugriff: 11.03.2009).
- Sinha, Yaswant (2004): *India’s Economic Diplomacy*, by External Affairs Minister Shri Yashwant Sinha in “Commerce Calling”, Ministry of External Affairs (<http://mea.gov.in/speech/2004/01/31ss01.htm>, Zugriff: 11.03.2009).
- Taneja, Nisha (2006): *India – Pakistan Trade*: Indian Council for Research on International Economic Relations (Working Paper No. 182), New Delhi.
- Thakur, Ramesh (1994): *The Politics and Economics of India’s Foreign Policy*, New York: St. Martins Press.
- Vajpayee, Aatal B. (2003): *India-US relations in the emerging global environment*, Ministry of External Affairs (<http://meaindia.nic.in/speech/2007/10/03ss01.htm>, Zugriff: 11.03.2009).
- Virmani, Arvind (2004): *Economic Performance, Power potential and Global Governance: Towards a New International order*, ICRIER Working Paper No. 150, New Delhi.
- Virmani, Arvind (2005): *A Tripolar Century. USA, China and India*: Indian Council for Research on International Economic Relations (Working Paper No. 160), New Delhi.

Wagner, Christian; 2005: *Die "verhinderte" Großmacht. Die Außenpolitik der Indischen Union, 1947-1998*, Baden-Baden: Nomos.

Wagner, Christian; 2008: *Der Einfluss Indiens auf Regierungsstrukturen in Pakistan und Bangladesh*: Deutsches Institut für Entwicklungspolitik (Discussion Paper 12/2008), Bonn.

In dieser Reihe sind bisher erschienen:

- AIPA 4/2008 Jeannine Hausmann: Brasilien als neues Geberland in der Entwicklungszusammenarbeit
- AIPA 3/2008 Rasmus Beckmann: Clausewitz, Terrorismus und die NATO-Antiterrorstrategie: Ein Modell strategischen Handelns
- AIPA 2/2008 Martin Malek: Russland nach den Wahlen: Erste Amtszeit Medwedjews oder „dritte Amtszeit“ Putins?
- AIPA 1/2008 Corinna Walter: Bedrohungsperzeptionen und regionale Sicherheitskooperation in Südamerika am Fallbeispiel Cono Sur
- AIPA 3/2007 Tillmann Höntzsch: Das Konzept der Zivil-Militärischen Kooperation (CIMIC) – Der Afghanistaneinsatz der Bundeswehr
- AIPA 2/2007 Daria W. Dylla: Rational-Choice und das politische Issue Management: Die Gestaltung der politischen Agenda und ihre Rolle bei der Stimmenmaximierung
- AIPA 1/2007 Mischa Hansel: '(Although) it's not Rocket Science': A Theoretical Concept for Assessing National Space Policies in Europe
- AIPA 4/2006 Thomas Jäger/Kai Oppermann/Alexander Höse/Henrike Viehrig: Die Salienz außenpolitischer Themen im Bundestag. Ergebnisse einer Befragung der Mitglieder des 16. Deutschen Bundestages
- AIPA 3/2006 Peter Harbich: Die wachsende Bedeutung privater Akteure im Bereich der Intelligence. Private Akteure als Quellen, Abnehmer, Konkurrenten und Kooperationspartner staatlicher Nachrichtendienste
- AIPA 2/2006 Anatol Adam: Die sicherheits- und verteidigungspolitischen Initiativen Brasiliens im Amazonasgebiet am Beispiel des SIPAM/SIVAM-Projekts

- AIPA 1/2006 John Emeka Akude: Historical Imperatives for the Emergence of Development and Democracy: A Perspective for the Analysis of Poor Governance Quality and State Collapse in Africa
- AIPA 4/2005: Lisa Sieger: International Mediation in Northern Ireland. An Analysis of the Influence of International Intermediaries on the Process and the Outcome of the Northern Irish Peace Process from 1994 to mid-2004
- AIPA 3/2005: Thomas Jäger/Henrike Viehrig: Internationale Ordnung und transatlantische Wahrnehmungen: Die medial vermittelte Interpretation der Darfur-Krise in den USA, Deutschland, Frankreich und Großbritannien
- AIPA 2/2005: Gunther Hauser: The Mediterranean Dialogue: A Transatlantic Approach
- AIPA 1/2005: Thomas Jäger/Henrike Viehrig: Gesellschaftliche Bedrohungswahrnehmung und Elitenkonsens. Eine Analyse der europäischen Haltungen zum Irakkrieg 2003
- AIPA 4/2004: Stephan Klingebiel/Katja Roehder: Militär und Entwicklungspolitik in Post-Konflikt-Situationen
- AIPA 3/2004: Conrad Schetter: Kriegsfürstentum und Bürgerkriegsökonomien in Afghanistan
- AIPA 2/2004: Andrea K. Riemer/Gunther Hauser: Die Nationale Sicherheitsstrategie der USA und die Europäische Sicherheitsstrategie: Ein Vergleich des Unvergleichbaren
- AIPA 1/2004: Kai Oppermann: Blair's U-turn – Das britische Referendum über eine europäische Verfassung

- AIPA 4/2003: Andrea Szukala (Hrsg.): Anti-Terror-Politik in Deutschland
- AIPA 3/2003: Andrea Szukala (Hrsg.): Krieg im Irak – Krieg gegen den Terror?
- AIPA 2/2003: Kai Oppermann: New Labour und der Euro – Die Imperative des innerstaatlichen politischen Wettbewerbs
- AIPA 1/2003: Elke Krahnmann: The Privatization of Security Governance: Developments, Problems, Solutions